

Massenvernichtungssysteme geplant, erprobt und produktionsreif gemacht werden, solange müssen die sozialistischen Staaten ihre Verteidigungskraft in vollem Umfang aufrechterhalten. Das sind wir dem Schutz der unter großen Belastungen und Mühen geschaffenen Errungenschaften des Sozialismus schuldig.

In den sozialistischen Staaten ist jedoch niemand an der weiteren Aufblähung der Rüstung interessiert. Hier gehören die Produktionsmittel dem Volk, hier verdient niemand an der Rüstung, hier besteht ein vitales Interesse daran, die enormen Mittel, die die Rüstung erfordert, friedlichen Zwecken zuzuführen.

Die Deutsche Demokratische Republik geht - gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten - auch künftig davon aus, daß es zur friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt, daß es erforderlich ist, den Prozeß der Entspannung und einer auf Vertrauen gegründeten Zusammenarbeit der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit großer Energie fortzusetzen. Davon lassen wir uns auch bei der Teilnahme an dem im Oktober beginnenden Belgrader Treffen der Teilnehmerstaaten der europäischen Sicherheitskonferenz leiten. Was von uns abhängt, wird getan werden, um im Sinne der Schlußakte von Helsinki weitere Fortschritte zu erzielen.

Mit den Beschlüssen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir uns große Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gestellt. Für die Verwirklichung dieser Aufgaben ist der Frieden eine unerläßliche Voraussetzung. So ist die Politik der Deutschen Demokratischen Republik ganz elementar verbunden mit den Interessen aller Völker, die Frieden wollen, mit der großen Sache, die auch der Weltfriedensrat vertritt.

Geleitet von unserer revolutionären Tradition und den Pflichten und Aufgaben, die aus unserer kommunistischen Anschauung erwachsen, ist und bleibt für uns die Solidarität mit allen Völkern, die sich gegen imperialistische Gewalt und Willkür erheben und nach nationaler Unabhängigkeit streben, ein untrennbarer Bestandteil aktiver sozialistischer Friedenspolitik.

Ausgehend von dieser prinzipiellen Position, verurteilen wir auf das schärfste die in diesen Wochen von imperialistischen Kräften angezettelte Verschwörung gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der national befreiten Staaten in Afrika und zur Aufrechterhaltung der noch immer bestehenden Rassisten- und Terrorregimes.

Wir achten und unterstützen solidarisch das unveräußerliche Recht aller Völker, sich gegen jegliche imperialistische Aggression zur Wehr zu setzen und mit allen Mitteln für ihre nationale und soziale Befreiung zu kämpfen.

Wir sehen in der Weltfriedensbewegung eine mächtige Kraft, deren humanistisches Ziel, den Frieden der Welt zu bewahren und zu sichern, im Einklang mit den Wünschen aller Menschen guten Willens steht.